

DIE KLASSIFIZIERUNG DER VERBRECHEN NACH IHRER SCHWERE

von

LÁSZLÓ SZÜK

Assistent am Lehrstuhl für Strafrecht, Universität Eötvös Loránd, Budapest

Eingegangen: 15. September 1972

I.

1. Das System und die Herausbildung der Klassifizierung nach der Schwere

Die Aufteilung der Verbrechen hat in erster Linie eine didaktische Bedeutung. Man kann verschiedene Kategorien der Verbrechen unterscheiden: tätliche — Unterlassungsverbrechen, materielle — formale, gewöhnliche — eigenartige, einfache — zusammengesetzte, usw. Diese Kategorien „kennt“ aber der Gesetzgeber nicht, die Verbrechen werden nicht so benannt. Die genannten Gruppen haben die Rechtswissenschaftler aus der Masse der Verbrechen mit Hilfe von Kriterien erforscht, die zu dieser Aufteilung führten. Der Gesetzgeber bringt nur eine einzige Gliederungsgrundlage zur Geltung: die objektive (sachliche) Schwere der strafbaren Handlung. (Es gibt außerdem auch noch Verbrechen Gruppen, die durch den Gesetzgeber voneinander zweifellos abgegrenzt sind: vorsätzliche — fahrlässige, militärische — bürgerliche (zivile), von Amtswegen oder nach Privatantrag verfolgbare Verbrechen, usw. — aber die Kategorisierung ist hier nicht so direkt wie im genannten Fall.

Die Aufteilung der Verbrechen nach ihrer Schwere, und zwar das sogenannte trichotomische Dreiersystem ist von französischer Herkunft: in den Strafgesetzbüchern der Jahre 1791 und 1810 hat der Gesetzgeber das materielle Strafrecht zum ersten Mal so gruppiert, daß die strafbaren Handlungen nach der Schwere gewertet worden sind. Das Code Pénal unterscheidet: Verbrechen (crimes), Vergehen (delicts) und Übertretungen (contraventions).

Die Grundlage der Unterscheidung bildet die Schwere der wegen Verübung der Verbrechen zu verhängenden Bestrafung: anders werden die Verbrechen, anders die Vergehen und wieder anders die Übertretungen bestraft. Die Aufteilung hat auch strafprozeßrechtliche Folgen nach sich gezogen. Dreierlei Gerichtsinstanzen brachten den Strafanspruch zur Geltung: Die Beurteilung der Verbrechen gehörte in den Bereich des Schwurgerichtes, diejenige der Vergehen in den Bereich des Korrekationsgerichtes und die Beurteilung der Übertretungen in den Bereich des Polizei (Einzel) richters. Diese Regelung wurde in weiten Kreisen anerkannt. Nach diesem Muster wurden im Jahre 1813 das bayerische, 1840 das niederländische, 1852 das österreichische, 1878 (Gesetz Nr. V) und 1879 (Gesetz Nr. XL) das ungarische Strafgesetzbuch geschaffen. Der Gesetz-

geber hat manchmal auch für eine zweifache Aufteilung Stellung genommen; so hat der Gesetzgeber zum Beispiel im Jahre 1864 im schwedischen und im Jahre 1890 im italienischen Strafgesetzbuch zwischen Verbrechen und Übertretungen einen Unterschied gemacht. (Auch im Jahre 1843 ist im ungarischen Vorschlag die Übertretung ein Begriff, der eine andere Gruppe der Verbrechen bezeichnet.)

Zur Unterscheidung der Verbrechen nach ihrer Schwere haben sich zwei Systeme herausgebildet: das sogenannte deutsch-französische und das sogenannte belgische System.

Das Wesen des sogenannten deutsch-französischen Systems bildet folgende Auffassung: die Bestimmung des Gesetzes ist wegweisend in der Hinsicht, ob die gesetzwidrige Handlung als Verbrechen, als Vergehen oder als Übertretung qualifiziert wird. Das verfahrenende Gericht ist also an die abstrakte Qualifizierung des Gesetzgebers gebunden.

Das sogenannte belgische System ist ein System „der doppelten Qualifizierung“. Obwohl der Gesetzgeber bestimmt hat, welche Handlung als Verbrechen oder Übertretung zu betrachten ist, hat doch das Gericht die Möglichkeit, die Angelegenheit dem Gerichtshof für Vergehen zuzuweisen, wenn es die Handlung so beurteilt, daß sie — in concreto — die Schwere des Verbrechens nicht erreicht, aus welchem Grunde das Verbrechen als Vergehen qualifiziert wird. Diese Umqualifizierung wurde in der Literatur mit dem Ausdruck „Korrektionalisation“ bezeichnet.

2. Die ungarische Rechtsentwicklung vor der Befreiung

Wie wir schon erwähnt haben, ist die Klassifikation der Verbrechen nach ihrer Schwere ein Produkt vom Anfang des XIX. Jahrhunderts, demzufolge können wir — dem Vorangehenden entsprechend — über eine Klassifikation nach der Schwere vor der Zeit der Herausbildung dieses Systems nicht sprechen. Wenn man einen Begriff, der zur Bezeichnung eines Inhaltes an einer bestimmten Stufe der historischen Entwicklung entstanden ist, auf für ähnlich erkannte Institutionen älterer Zeiten projiziert, so würde dies auf Irrwege führen. Es ist jedoch nicht zu leugnen, daß man zwischen den Verbrechen auf Grund ihrer Schwere auch früher einen Unterschied gemacht hat, aber ohne daß es zur Herausbildung eines Systems gekommen wäre, das bezüglich der dogmatischen Lösungen den Unterschied der Schwere in seiner Gänze zum Ausdruck bringt.

Im letzten Jahrhundert des ungarischen Feudalismus hat die heimische Rechtswissenschaft zwischen den zwei großen Gruppen der Verbrechen: den *öffentlichen Verbrechen* (*delicta publica*) und den *Privatverbrechen* (*delicta privata*) einen Unterschied gemacht. Aber diese beiden Gruppen konnten gar nicht so scharf abgegrenzt werden, da wegen der Kodifikationslosigkeit das Rechtsgebiet ziemlich formbar war und als Rechtsquelle vielmals das Gewohnheitsrecht diente. So ist es kaum zu glauben, daß die zwei Verbrechen Gruppen scharf voneinander abgegrenzt gewesen wären, und die Verbrechen auf prinzipieller Grundlage in öffentliche und Privatverbrechen geteilt worden wären. Der Zustand, der von den Rechtswissen-

schaftlern fixiert wurde, ist nämlich aus der Formbarkeit während langer Jahrhunderte herausgebildet worden. Wegen öffentlicher Verbrechen fand auf Grund der Strafanlage des königlichen Fiskus, bzw. des Syndikus ein Strafprozeß statt, während wegen Privatverbrechen auf Grund der Klage des Geschädigten oder seines Vertreters ein Zivilprozeß eingeleitet wurde. Dieser Unterschied hat also einen prozessuellen Bezug: das Privatverbrechen wurde als Zivilsache, das öffentliche Verbrechen als Strafsache, d. h. als öffentliche Sache behandelt.

Mit dem Gesetz V vom Jahre 1840 hat der Reichstag in den Jahren 1838–40 zur Kodifikation des materiellen Strafrechtes, des formalen Strafrechtes und des Gefängniswesens eine Landeskommision entsandt. Die das materielle Recht kodifizierende Kommission (Vorsitzender war Franz Deák und Protokollführer Franz Pulszky) hat das System der doppelten Aufteilung angenommen: sie teilte die Verbrechen in *Verbrechen* und *Übertretungen*. (Aus dem Entwurf wurde – infolge des Widerstandes im Magnatenhause – kein Gesetz.)

Zu Beginn der 70-er Jahre wurde Karl Csemegi mit der Schaffung eines neuen Entwurfes beauftragt. Das Ergebnis seiner Arbeit war Gesetz V vom Jahre 1878 (über die Verbrechen und die Vergehen) und Gesetz XL vom Jahre 1879 (über die Übertretungen).

Der Kodifikator des materiellen Strafrechtes hat das System der Aufteilung in drei Teile eingeführt. Die Rechtswissenschaftler haben diese Konstruktion zum sogenannten „belgischen“ System gerechnet.² Dieser Standpunkt erträgt aber die Kritik nicht, da die Konstruktion vom sogenannten „reinen“ belgischen System wesentlich abweicht. Die Konstruktion des Gesetzes widerspiegelt eine gewisse „gemischte“ Lösung. Im Gesetzbuch von Csemegi hat der Gesetzgeber es nicht ausgesprochen, daß die Grundlage der Aufteilung die für die Verübung der Tat festgestellte *Strafart* ist. Verbrechen ist also jene Tat, worauf sich eine Strafe für Verbrechen, Vergehen eine solche, worauf sich eine Strafe für Vergehen und Übertretung eine Tat, auf die sich eine Strafe für Übertretungen bezieht. Der Gesetzgeber hat im § 20 Absatz 2 des Strafgesetzbuches eine Norm aufgestellt, die keine Ausnahme duldet. Diese Bestimmung wird im Interesse der Vollständigkeit in Gänze zitiert:

„Die Arten der Strafen sind folgende: 1. Todesstrafe, 2. Zuchthaus, 3. Staatszuchthaus, 4. Kerker, 5. Gefängnis, 6. Geldstrafe. Die unter den Punkten 1., 2., 4. angegebenen Strafen sind ausschließlich auf Verbrechen, die unter Punkt 5. angegebene ausschließlich Vergehen anwendbar. Das Staatszuchthaus (Punkt 3.) ist – wenn es für eine Dauer unter 5 Jahren ausgesprochen wurde – als Strafe für ein Vergehen, wenn es aber auf 5 Jahre oder darüber hinaus ausgesprochen wird, als Strafe für ein Verbrechen anwendbar. Die Geldstrafe, als selbständige Strafe – ist ausschließlich bei Vergehen – als Nebenstrafe aber auch bei Verbrechen und Vergehen anwendbar.“ Nach dieser Gesetzesstelle sind also einige Hauptstrafen ausschließlich bei Verbrechen, andere aber ausschließlich bei Vergehen anwendbar. (Für Übertretungen war entweder Geldstrafe oder Haft verhängbar.) Die Klassifizierung der strafbaren Taten war also auf die Ver-

schiedenheit der anwendbaren Strafen gegründet. Karl Edvi Illés meinte über die Durchführung der Aufteilung: „Da die Abgrenzung der strafbaren Taten auf prinzipieller Grundlage nicht durchführbar ist, hat das ungarische Strafgesetzbuch – auch den zwischen den strafbaren Handlungen bestehenden Unterschied entsprechend in Betracht gezogen – die verschiedenen Strafarten als Grundlage für ihre Qualifizierung benützt. Diesem Standpunkt entspricht die Bestimmung des § 20, wonach die Todesstrafe, das Zuchthaus, der Kerker und das staatliche Zuchthaus über 5 Jahre ausschließlich auf Verbrechen, das Staatszuchthaus unter 5 Jahren, das Gefängnis und die Geldstrafe ausschließlich auf Vergehen anwendbar sind: d. h. was damit gleichbedeutend ist: ein Verbrechen bildet eine solche Handlung, bei der Todesstrafe, usw. ein Vergehen eine solche, bei der Gefängnis, usw. angewendet wird.“³

Aus der zitierten Gesetzesstelle geht hervor, daß die Konstruktion der Trichotomie nach dem deutsch-französischen System folgende ist: die gesetzliche Qualifikation bestimmt, was für eine Strafe zu verhängen ist. Aber auch aus dieser Gesetzesstelle ist das Kriterium der Zugehörigkeit zu dem belgischen System zu erkennen: auch die Wertung des Rechtsanwenders spielt eine Rolle dabei, ob man das Staatszuchthaus für Verbrechen oder Vergehen anwendet. Die Aufteilung des Csemegi-Kodexes hatte auf das Forumsystem keine direkte Auswirkung, wie dies die Aufteilung der zum deutsch-französischen, bzw. belgischen System gehörenden Gesetzbücher zur Folge hatte. Die Bestimmungen des Punktes 5 des Gesetzes XXXIV vom Jahre 1897 über die Inkraftsetzung der Strafprozeßordnung (die Kompetenz der Strafgerichte) haben nämlich das – im Strafgesetzbuch bestimmte – System der Verbrechen nach ihrer Schwere nicht widerspiegelt. Andererseits konnte das Gericht nach § 92 des Strafgesetzbuches bei einer vom Gesetzgeber für ein Verbrechen qualifizierten Handlung eine Strafe für Vergehen verhängen. So wurde es notwendig, die Frage zu entscheiden, ob das Verbrechen in abstracto in diesem Falle in concreto zum Vergehen umqualifiziert wird, oder die Qualität der Handlung erhalten bleibt und die Kollision der §§ 20 und 92 nur darin besteht, daß das Verbot des § 20 aufgehoben wird und auch bei einem Verbrechen eine Vergehensstrafe anwendbar ist. Die Gerichtspflege hat sich dem ersten Standpunkt angeschlossen, d. h. sie hat der Anwendung des § 92 eine „umqualifizierende“ Wirkung zugeschrieben. Wir müssen bemerken, daß die erwähnte Umqualifizierung keine „echte“ Korrektionalisation war, da sie mit einer Verweisung der Angelegenheit an ein anderes Gericht nicht verbunden war. (Auch auf Grund von § 66: Versuch, und § 72: Gehilfenschaft – ermöglichte sich eine Umqualifizierung. Im Falle eines jugendlichen Täters wurde die Handlung auf Grund der Bestimmung des Gesetzes (§ 85) umqualifiziert.

Csemegi hat das Prinzip der Korrektionalisation folgenderweise ausgedrückt: „Gerechte Bestrafung nach der individuellen Qualität der Handlung: schwere Bestrafung wegen schwerer Handlung, leichte Bestrafung wegen leichter Handlung. Das Verbrechen ist nur eine technische Bezeichnung des Begriffes: schwere strafbare Handlung; das Vergehen

ist auch nur eine technische Bezeichnung einer weniger schweren Handlung. Der allein sichere und durchdringende Gradmesser des echten inneren Inhaltes der Schwere, bzw. der Schwere von beiden, ist die Strafe, mit der es bestraft wird.⁴ Die Konstruktion der Aufteilung in drei Teile war im Csemegi-Kodex die folgende:

Verbrechen ist die Handlung, die durch das Gesetz für Verbrechen erklärt wird;

Vergehen ist die Handlung, die durch das Gesetz für ein Vergehen erklärt wird; ein von einem Jugendlichen begangenes Verbrechen ist die Handlung, die durch Anwendung der §§ 66 und 92 für ein Vergehen qualifiziert wird; ein Verbrechen, wofür ein staatliches Zuchthaus unter 5 Jahren verhängt wird;

Übertretung ist die Handlung, die von der Rechtsquelle dafür erklärt wird.

3. Die ungarische Rechtsentwicklung nach der Befreiung

Der Csemegi-Kodex bedeutete bei weitem keinen Ruhepunkt in der Kodifizierung des materiellen Strafrechtes. Kaum war der Entwurf unter Dach gebracht worden, begannen auch schon die Kodifikationsvorbereitungen zur Beseitigung der zweifellosen Unvollständigkeiten. Das Gesetz war so verwickelt, kompliziert, nicht selten widerspruchsvoll — was in erster Linie aus der schwerfälligen, nicht auf prinzipieller Grundlage beruhenden Durchführung der Aufteilung nach der Schwere entsprungen ist — daß seine Anwendung sogar für den Rechtsanwender ernste Probleme aufgeworfen hat.⁵

Nach der Befreiung — nach einer relativ langen Zeit — kam es zur Beseitigung der Aufteilung der Verbrechen nach ihrer Schwere und zur Schaffung des auf einheitlichem Verbrechensbegriff ruhenden materiellen Strafrechtes. Den ersten Schritt hat das Gesetz II vom Jahre 1950 (der allgemeine Teil des Strafgesetzbuches) getan, das durch die Aufhebung der Vergehenkategorie die Ablösung des trichotomischen Systems durch das *dichotomische* System ergeben hat. Auf Grund von Absatz 3 des § 1 des allgemeinen Teiles des Strafgesetzbuches und des § 39 der Inkraftsetzung des allgemeinen Teiles des Strafgesetzbuches (die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 34 vom Jahre 1950) ist das materielle Strafrecht auf den Tatbeständen der *Verbrechen* und *Übertretungen* aufgebaut. Die Verbrechen und Übertretungen sind bis zum Jahre 1955 erhalten geblieben, als die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 17 die Übertretungen und gleichzeitig auch Übertretungsgerichtsbarkeit⁶ aufgehoben hat: die schwereren wurden in strafrechtlicher Beziehung für strafbar erklärt, die leichteren zur Regelverletzung degradiert. Es entwickelte sich das auf einheitlichem Verbrechensbegriff beruhende materielle Strafrecht, und das Gesetz V vom Jahre 1961 ist schon im Sinne dieser Auffassung entstanden. Die Differenzierung innerhalb des Strafrechtes hat also aufgehört: das Strafrecht ist auf einem einheitlichen Verbrechensbegriff aufgebaut, und dies

hat in nicht geringem Maße das verwickelte, auch für den Rechtsanwender schwer übersichtliche Netz des früheren Strafgesetzes vereinfacht.

Es erübrigt sich aber die Frage, ob sich die neue Regelung als für in jeder Beziehung entsprechender erwiesen hat. Die Klassifikation der Verbrechen nach ihrer Schwere hatte auch strafprozeßrechtliche Folgen. Der Gesetzgeber wurde zu dieser Lösung durch die Erkenntnis bewogen, daß Angelegenheiten geringerer Schwere unter anderen Formen beurteilt werden sollen als Angelegenheiten, die mehr Fachkenntnisse, Erfahrung und erhöhte Garantien benötigen. Aber aus der Beseitigung des Systems der Aufteilung nach der Schwere haben sich — neben ihren zweifellosen Vorteilen — auch Schwierigkeiten ergeben.

Auf das oben erwähnte sind jene Bestrebungen zurückzuführen, die auf die Ausarbeitung solcher Systeme gerichtet waren, welche die einfachere, schnellere, wirkungsvollere Beurteilung der geringfügigen, aber doch strafbaren Handlungen ermöglichen.⁷

Das Problem meldete sich in erster Linie bei der Beurteilung der gegen das Eigentum, und innerhalb dessen, gegen das gesellschaftliche Eigentum gerichteten Verbrechen, und eben dementsprechend war auch eine Regelung auf diesem Gebiet dringend.^{7a} Den ersten Schritt bedeutete die Verordnung Nr. 11 mit Gesetzeskraft vom Jahre 1956 über die Änderung und Ergänzung der Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 24 vom Jahre 1950, welche Verordnung eine Entscheidung der Verbrechen im Disziplinarverfahren ermöglichte. Diese Verordnung mit Gesetzeskraft hat die Kategorie der geringfügigen Verbrechen in unserem Recht eingeführt. Die Regelung war durch den Umstand begründet, daß die Mehrheit der Vermögensdelikte — wegen ihrer geringen Schwere — die Strenge des Gesetzes nicht beanspruchte. Der erste Schritt war also ein „doppelter“: er brachte eine *materiellrechtliche* (die Kategorie der geringfügigen Verbrechen) und eine *prozeßrechtliche* Änderung (Lenkung auf den Disziplinarweg).

Die nächste Station bedeutete das Gesetz V vom Jahre 1961 und die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 10 vom Jahre 1962. § 303 des Strafgesetzbuches hat den Kreis der geringfügigen Handlungen erweitert; es wurde möglich, die Verbrechen, die das Eigentum von Privatpersonen schädigen, als geringfügig zu qualifizieren, und man konnte nicht nur die Handlung des mit dem geschädigten Unternehmen im Arbeitsverhältnis stehenden Täters im Disziplinarverfahren entscheiden. Zur Ablenkung des Verbrechens auf den Disziplinarweg hat der Gesetzgeber für die Kriminalbehörden eine Ermessungsbefugnis gesichert. (§§ 105, 161, 179 der Strafprozeßordnung).

Im Jahre 1966 hat die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 16 eine neue Änderung gebracht. Die Novelle des Strafgesetzbuches hat einerseits die das Strafverfahren vertretende Befugnis der Disziplinarbehörde, andererseits hat sie die Taxation des § 36 der Verordnung mit Gesetzeskraft über die Inkraftsetzung des Strafgesetzbuches aufgelockert. Die verfahrensbefugnte Behörde konnte außer den geringfügigen Verbrechen (Strafgesetzbuch § 303) und den Vermögensdelikten (Novelle des Strafgesetzbuches, §§

38–39) auch andere – konkret nicht bestimmte – für die Gesellschaft in geringerem Maße gefährliche Verbrechen auf den Disziplinarweg lenken. Die Novelle des Strafgesetzbuches hat auch eine Möglichkeit zur Erlöschung des Strafanspruches geschaffen. (Novelle des Strafgesetzbuches, § 9, Strafprozeßordnung, § 104/A). Zur Substituierung der strafrechtlichen Verantwortung wurde durch die Gründung der gesellschaftlichen Gerichtsbarkeit eine neue Möglichkeit geschaffen. Die Gründung der Institution der gesellschaftlichen Gerichte wünschte dem Ziele zu dienen, daß die strafbaren Handlungen geringerer Schwere außerhalb der Strafprozeßordnung entschieden werden.⁸

Die geringere Schwere der Verbrechen wird auch durch jene prozessualen Bestimmungen zum Ausdruck gebracht, welche die vom allgemeinen abweichenden einfacheren, zu einer schnelleren Entscheidung beitragenden Formen bei der Geltendmachung des Strafanspruches sichern. (Strafprozeßordnung, §§ 192 und 196/A, Novelle des Strafgesetzbuches, § 18.)

Es entstand also folgende Lage: Innerhalb des – seiner Konstruktion nach einheitlichen – materiellen Strafrechts differenzierten sich zwei Gruppen der gesellschaftsgefährlichen Handlungen: die *Verbrechen* und die näher nicht bestimmte Gruppe der *geringfügigen Verbrechen*. Die materiellrechtliche Regelung wurde durch eine prozeßrechtliche Lösung gekreuzt: die Verordnungen mit Gesetzeskraft Nr. 24 vom Jahre 1962, Nr. 10 vom Jahre 1962 und Nr. 16 vom Jahre 1966 haben die Möglichkeit geschaffen, daß eine *Disziplinarbehörde*, bzw. ein *gesellschaftliches Gericht* bei Verbrechen entscheiden kann, und es auf Erwägungsgrundlage auch in der Fahndungsperiode zur Überleitung, sogar zur Einstellung oder Zurücksetzung des Prozesses kommen kann.

Die materiellrechtliche Lösung wird auch durch eine andere Konstruktion gekreuzt: es gibt im Gesetz über die Übertretungen – Gesetz I vom Jahre 1968 – auch die Möglichkeit, solche rechtswidrigen Handlungen, die im Gesetz bestimmt und mit den Tatbeständen einiger Verbrechen übereinstimmen, auf Übertretungswege zu entscheiden.

Wir sind also Zeugen des Prozesses, der dem einheitlichen materiellen Recht gegenüber zur Differenzierung der das materielle Recht realisierenden Strafprozeßordnung führt: Zeugen der Bildung eines Verantwortungs-, Forums- und Sanktionssystems, das dem nuancierten Ausdruck der Unterschiede der prinzipiell gleichartigen gesetzwidrigen Handlungen nach ihrer Schwere dient. (Diese Lösung ist der Bestimmung im § 92 des Csemegei-Kodexes ähnlich, § 8 der Strafprozeßordnung bestimmt aber, daß bezüglich der Prozeßordnung die gesetzliche Qualifizierung richtunggebend ist, demzufolge ist die gesetzliche Qualifizierung – unabhängig von der Umqualifizierung – in bezug auf die Kompetenz maßgebend.

Wir können also feststellen, daß sich spezifische Institutionen, die dem Ausdruck des Unterschiedes zwischen den Verbrechen nach ihrer Schwere dienen, herausgebildet haben, die *Art* der Lösung kann man aber einer Kritik unterziehen. Die vom allgemeinen abweichende Geltendmachung des Strafanspruches (oder Ersetzung) sollte – auf Grund des Prinzips

der Legalität — auf der Regelung des materiellen Rechtes beruhen, es bleibt nämlich die verbrecherische Qualität der Handlung, die einen Tatbestand des besonderen Teiles des Strafgesetzbuches verwirklicht, auch in dem Fall bestehen, wenn der Täter ermahnt wird.⁹

Aber die Ermahnung kann auch durch die Fahndungsbehörde erfolgen (Strafprozeßordnung, § 160), die Durchführung der Fahndung kann sogar abgelehnt werden (Strafprozeßordnung, § 104/A) und die Behörde hat auch das Recht, die Angelegenheit zu überleiten (Strafprozeßordnung, § 161). Es handelt sich wesentlich darum, daß über die Geltendmachung des Strafanspruches nicht ein Justizorgan entscheidet.

Man kann sich mehrere Arten der materiellrechtlichen Regelung vorstellen:

1. Der Gesetzgeber wertet das Material des besonderen Teiles um, schließt die Entscheidung der in abstracto im mildesten Grad gesellschaftswidrigen Handlungen aus dem Kreise des Strafrechts aus und leitet sie auf einen anderen Weg (gesellschaftlichen, disziplinarischen oder Übertretungsweg).

2. Er behält die erwähnten gesetzwidrigen Handlungen im Rahmen des Strafrechtes so, daß sie nach ihrer Schwere — mit verschiedenen Benennungen — in mehrere Gruppen eingereiht werden.¹⁰ Man kann sich bei der letzteren Lösung wieder zwei Arten vorstellen:

a) Der Gesetzgeber weist die Strafprozeßordnung der weniger gesellschaftswidrigen Handlungen, oder ihre Entscheidung auf einem anderen Weg in die diskretionäre Kompetenz des Gesetzanwenders;

b) die Entscheidung der in Sondergruppen eingereihten Handlungen würden in der Kompetenz des Strafgerichtes bleiben, so daß die Prozeßordnung durch den Gesetzgeber differenziert wäre. Von den erwähnten Lösungen scheint — auch vom Gesichtspunkt der Gerechtigkeit — die letztere Lösung die richtigere zu sein.

II. Die Unterscheidung der Verbrechen nach ihrer Schwere in den europäischen sozialistischen Rechtssystemen

Unter den europäischen sozialistischen Ländern wird die Klassifizierung der Verbrechen nach ihrer Schwere in dem Strafrecht der Sowjetunion, der CSSR, in Rumänien und Bulgarien nicht angewandt. Die den einheitlichen Verbrechensbegriff verwendende Regelung hat in diesen Ländern die gleichen Probleme aufgeworfen, wie sie bei der kurzen Besprechung der ungarischen Rechtsentwicklung dargelegt wurden. Die Lösung wird in verschiedenen Richtungen gesucht: a) Differenzierung der Handlungen; b) Differenzierung der Prozeßregeln; c) Differenzierung des Forumsystems. Die einzelnen Lösungen sind sehr abweichend, und auch innerhalb der einzelnen Länder zeigt das Verantwortungs-, Forum- und Sanktionssystem, das die Unterschiede der Verbrechen nach ihrer Schwere ausdrückt, ein buntes Bild. Die endgültige Lösung kann ganz gewiß nur eine Aufteilung nach der Schwere bringen, was eine umfassende und umfangreiche Kodifikationsbearbeitung erfordert. Also nicht

die Teillösungen, die eine Zeit lang die Arbeit des Rechtsanwenders erleichtern, — die sie aber wegen Anhäufung immer mehr erschweren — bilden den gangbaren Weg, sondern die Aufteilung nach der Schwere, die das Ganze des materiellen Rechtes erfaßt und das Labyrinth liquidiert, das der prinzipiellen Grundlage entbehrt. Dadurch wird das Strafrecht — und damit das Verantwortungsforum und Sanktionssystem — auf eine prinzipielle Grundlage gelegt und die Regelung wird trotz der Differenzierung einheitlicher sein als das gegenwärtige System.

Die Klassifizierung der Verbrechen nach ihrer Schwere wurde in den Strafgesetzbüchern der DDR und der VR Polen verwirklicht.

a) Das neue Strafgesetzbuch der DDR¹¹ ist auf dem System der „zweimal doppelten“ Aufteilung aufgebaut. Der Gesetzgeber hat die strafbaren Handlungen in die Gruppen der Verbrechen und der Übertretungen eingereiht. Die zwei Gruppen wurden vom Gesetzgeber voneinander scharf abgegrenzt: der Verbrechensbegriff bezieht sich nicht auf die Übertretung, obwohl auch diese Kategorie im Strafgesetzbuch definiert wurde. (Wir können zwischen dem Strafgesetzbuch der DDR und dem Csemegi-Kodex einen interessanten Vergleich ziehen: nach letzterem war auch die Übertretung ein Verbrechen, aber sie wurde durch ein Sondergesetz geregelt; demgegenüber ist nach Auffassung des Gesetzgebers der DDR die Übertretung kein Verbrechen, aber trotz alledem wurde sie im Strafgesetzbuch geregelt.) Der Gesetzgeber unterscheidet zwei Gruppen der Verbrechen: die Gruppen der *Verbrechen* und der *Vergehen*. „Die *Vergehen* sind jene absichtlich oder fahrlässig begangenen gesellschaftswidrigen Handlungen, die das Vermögen und die Interessen der Bürger, das sozialistische Eigentum, die gesellschaftliche und staatliche Ordnung oder andere Rechte und Interessen der Gesellschaft schädigen...“ — „*Verbrechen* sind jene gesellschaftsgefährlichen Angriffe, die sich gegen die Souveränität der DDR, den Frieden, die Menschheit und die Menschenrechte richten, die Verbrechen gegen die DDR, die gegen das Leben absichtlich begangenen Verbrechen...“ (Strafgesetzbuch der DDR, II. Kapitel, I. Titel).

Die Hauptgesichtspunkte der Abgrenzung: ein Verbrechen kann nur eine mit Absicht begangene Handlung, ein Vergehen aber auch eine fahrlässige Handlung sein; die Vergehen werden (im allgemeinen) von den gesellschaftlichen Organen der Rechtspflege entschieden, die Verbrechen von den staatlichen Justizorganen; — wegen Vergehen wird im allgemeinen eine Strafe ohne Freiheitsentzug, wegen Verbrechen eine Strafe mit Freiheitsentzug verhängt; — die Verbrechen ahndet der Gesetzgeber mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren. Einer der Begriffsteile, der als Grundlage bei der Abgrenzung dient, ist folgender: der Gesetzgeber bezeichnet die Handlungen, die zu der schwereren Kategorie gehören, mit dem Attribut „gesellschaftsgefährlich“, aber die Handlungen, die in die weniger schwere Kategorie eingereiht sind, mit dem Attribut „gesellschaftswidrig“.

b) Das Strafgesetzbuch der VR Polen ist auf dem System der doppelten Aufteilung aufgebaut: der Gesetzgeber unterscheidet *Verbrechen* und

Vergehen. Die Grundlage der Unterscheidung bildet das Maß der Strafe, mit der der Gesetzgeber die strafbare Handlung bedroht. Bei der Abgrenzung bildet auch die Schuldform einen Gesichtspunkt: Verbrechen kann nur eine mit Absicht begangene Handlung sein. — „Die strafbare Handlung kann *Verbrechen* oder *Vergehen* sein. Verbrechen sind die Handlungen, die das Gesetz mit einer Mindeststrafe von drei Jahren oder einer noch strengeren Strafe bedroht. Vergehen sind die Handlungen, deren Strafe den Freiheitsentzug von drei Monaten, die Freiheitsbeschränkung von drei Monaten oder die Geldstrafe von fünftausend Zloty überschreitet.“ „Verbrechen ist nur mit Absicht zu begehen, aber ein Vergehen kann auch fahrlässig begangen werden, wenn das Gesetz eine solche Bestimmung enthält.“ (Absatz 5 und 6)

Die Aufteilung nach der Schwere ist in dem polnischen Strafgesetzbuch nicht nur von terminologischer Bedeutung: die Aufteilung wirkt sich auch auf andere Bestimmungen und Institutionen des Gesetzes aus, die Rechtsfolgen sind andere im Falle eines Verbrechens und wieder andere bei einem Vergehen.

III. Die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 28 vom Jahre 1971

Die Kategorisierung der gesellschaftsgefährlichen strafbaren Handlungen drückt die erste Bewertung des Gesetzgebers über die gesetzwidrigen Handlungen aus. Die Einreihung der Verbrechen in mehrere Gruppen beansprucht eine begriffliche Sauberkeit: man muß die Begriffe in dem allgemeinen Teil, die sich auf die einzelnen Gruppen beziehen, exakt festlegen, um die Klassen des besonderen Teiles genau unterscheiden zu können. Die Vorbedingungen der Verwendung der Institutionen des allgemeinen Teiles müssen — den nach ihrer Schwere unterschiedenen Verbrechenstypen entsprechend — unterschiedlich festgestellt werden. Die Aufteilung darf keine Ausnahme aufweisen, weil die Anerkennung der „schwimmenden Grenzen“ — und die Betrauung des Gesetzanwenders mit der Festsetzung der Grenzen — eben mit dem durch die Aufteilung nach der Schwere zu erreichenden Ziel in entgegengesetzter Richtung wirkt: das Rechtsmaterial wird komplizierter, unübersichtlicher. Die Anerkennung der Möglichkeit der Überdeckung zwischen den einzelnen Klassen ist mit keinen Argumenten zu begründen. Man muß und kann den Unterschied zwischen den zu gleichem Tatbestand passenden Handlungen innerhalb der Verbrechenstypen zum Ausdruck bringen. Die Anerkennung der „schwimmenden Grenzen“ durch das Gesetz beseitigt dem Wesen nach die Klassifizierung nach der Schwere und bestätigt den — skeptischen — Standpunkt von Carrara über die Klassifizierung der Verbrechen nach ihrer Schwere. Carrara hielt die Klassifizierung der Verbrechen nach ihrer Schwere für übertrieben. Seiner Meinung nach schadet es der Praxis viel mehr als es nützt, und dabei hielt er die Feststellung der Grenzen zwischen dem Verbrechen und dem Vergehen nicht für möglich — er hat nämlich die für die Verbrechen vorgeschriebene Strafe für keine geeignete Grundlage der Aufteilung gehalten.¹³

Eine unvollkommene Aufteilung kann der Praxis tatsächlich nur schaden, aber eine entsprechend durchgeführte, auf prinzipieller Grundlage beruhende Aufteilung könnte – wie oben erörtert – eben die Praxis fördern. Wir sind überzeugt davon, daß die Durchführung der Aufteilung begründet und die Kategorisierung der Verbrechen nach der Schwere nicht nur ein bloßer Nominalismus ist und – unserer Meinung nach – haben wir dies überzeugend dargelegt.

Die Strafgesetzgebung, die den materiellen Verbrechensbegriff anwendet, hat nicht nur die Begriffsinversion bei der Bestimmung der Aufteilungsgrundlage der Kategorisierung nach der Schwere – notwendigerweise – vermieden, sondern beweist auch das falsche Wesen des skeptisch-agnostizistischen Gesichtspunktes der bürgerlichen Rechtswissenschaftler mit überzeugender Kraft.¹⁴

Der materielle Verbrechensbegriff ist der einzige richtige Weg zur Erkenntnis der Aufteilungsgrundlage in der Kategorisierung nach der Schwere. Der Gesetzgeber hat nämlich nicht die Folge, den Rechtsnachteil als Aufteilungsgrundlage genommen, sondern in Wirklichkeit die Gesellschaftsgefährlichkeit der Handlung der Aufteilung zugrundegelegt. (Die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 28 vom Jahre 1971, § 1, Absatz 3. Man muß also in der Sanktionsklassifizierung nicht den Erscheinungsgesichtspunkt, sondern die wesentliche Seite betrachten. Auf dem Niveau des „Allgemeinen“ bildet die Gesellschaftsgefährlichkeit an sich schon eine entsprechende Grundlage der Kategorisierung. Auf dem Gebiet des „Besonderen“ – d.h. im besonderen Teil des Strafgesetzbuches – ist aber die Gesellschaftsgefährlichkeit an sich zu wenig, deshalb muß auch die Erscheinungsseite an sie geknüpft werden, d.h. der quantitativ bestimmte Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit, hinsichtlich dessen der Gesetzgeber den Strafsatz der strafbaren Handlung festgesetzt hat. Die Absätze 4 und 5 des § 1 schließen die allgemein gültigen Folgerungen der Bewertung des besonderen Teiles in sich, die schon in Absatz 3 des § 1 festgesetzt wurden. Der Gesetzgeber denkt also folgenderweise: die Handlung, bei der es notwendig ist, eine Freiheitsstrafe von 1, bzw. 3 Jahren vorzuschreiben, ist für die Gesellschaft gefährlicher, sie ist also ein Verbrechen, demgegenüber ist die Handlung, die eine solche Strafe nicht erfordert, die also nach ihrer Schwere geringfügiger ist, ein Vergehen. In der Tat beruht also die Struktur der Kategorisierung auf der Wichtigkeit der zur Bewahrung würdigen Interessen und Werte. Die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 28 vom Jahre 1971 hat – hinsichtlich der Ansprüche der Rechtspflege und entsprechend der geschichtlichen Tradition – das System der doppelten Aufteilung des materiellen Strafrechtes wiederhergestellt. Aber meiner Meinung nach ist die quantitative Zusammensetzung der Aufteilung nicht entsprechend: die Grundwerte, die den Gesichtspunkt der Kategorisierung bilden, hat der Gesetzgeber zu niedrig festgesetzt. Dieses Maß ist nicht geeignet dazu, daß es die Tatbestandsquantität des besonderen Teiles eindeutig gliedert, durch das niedrige Maß werden nämlich die Grenzen der beiden Kategorien vermischt.¹⁵ Untersuchen wir das Verbrechen des § 272 des Strafgesetzbuches. Man kann ersehen, was für

ein veränderliches Bild die strafrechtliche Institution von gleicher Herkunft aufweist: der Grundfall des Verbrechens ist *ein absichtliches Vergehen*; sein qualifizierter Fall ist *ein absichtliches Verbrechen*; seine fahrlässige Form ist *ein fahrlässiges Vergehen*.

Es ist kaum zu glauben, daß es die erste Vorbedingung einer Existenzberechtigung von Rechtsinstitutionen wäre, ob sie im Aufbau anderer gesellschaftlich-wirtschaftlicher Formen bereits bekannt war oder nicht. Nicht alle Elemente des Aufbaus haben eine „Weltanschauungsfüllung“ in sich. Auch die Kategorisierung der Verbrechen nach ihrer Schwere hat keine solche Füllung. Hielten wir sie für eine bürgerliche Rechtsinstitution, wäre es mit Recht zu kritisieren, daß das Strafgesetzbuch in einen allgemeinen und einen besonderen Teil geteilt wurde, ebenso wie alle Strafgesetzbücher seit dem Code Pénal; daß es die „gleichen“ Rechtsinstitutionen enthält wie die bürgerlichen Kodexe: Versuch, Notwehr, usw. Es ist zu bemerken, daß nirgends und von niemand unter den in der Fachliteratur ausgearbeiteten Grundprinzipien betont worden ist, daß das System des auf einem einheitlichen Verbrechensbegriff beruhenden materiellen Strafrechtes die einzig richtige Lösung sei. Eine andere Frage ist aber, daß die Geburt des Monoton-systems von der Rechtsliteratur ohne jegliches prinzipielle Argument freudig begrüßt wurde. Über den Csemegi-Kodex, der auf dem System der Aufteilung nach der Schwere beruht, kann man in der Begründung des allgemeinen Teiles des Strafgesetzbuches folgendes lesen: „Das Gesetzbuch über die Verbrechen und die Vergehen (das Gesetz V vom Jahre 1878) ist ein charakteristisches Produkt der liberal-kapitalistischen Rechtsschaffung und als solches trägt es den Stempel der Zeit seiner Entstehung an sich. Jedes Strafgesetzbuch ist ein Mittel des Schutzes der bestehenden staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung; es ist aber gar nicht zu bezweifeln, daß ein Strafgesetz, das die Aufgabe des Schutzes der auf kapitalistischer Produktion beruhenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung erfüllt hat, nicht geeignet sein kann, die Ordnung der Volksdemokratie gegen die Feinde des werktätigen Volkes zu beschützen.“ Dieser Feststellung widersprechen folgende Tatsachen: die Mehrheit der Tatbestände des Csemegi-Kodexes blieben bis zum 1. Juli 1962 in Kraft; die Institution der Übertretung hat der Verfasser des allgemeinen Teiles des Strafgesetzbuches — wenn auch nur auf kurze Zeit — unberührt gelassen.

Wer von vornherein das System der Aufteilung der Verbrechen nach ihrer Schwere für eine bürgerliche Institution gehalten hat und dementsprechend die Erweckung des Systems der Aufteilung nach der Schwere mit weltanschaulichen Argumenten mißbilligt, mache ich auf die ewig gültigen Zeilen Lenins aufmerksam: „Es ist klar, daß im Kommunismus eine Zeit lang nicht nur das bürgerliche Recht, sondern auch der bürgerliche Staat aufrechterhalten bleibt — aber ohne Bourgeoisie! Das scheint ein Widerspruch oder ein einfaches dialektisches Gedankenspiel zu sein, womit der Marxismus oft von solchen beschuldigt wird, die sich gar nicht bemühen, seinen außerordentlich tiefen Inhalt zu studieren. Aber in Wirk-

lichkeit zeigt uns das Leben Schritt für Schritt die Spuren des Alten in dem Neuen sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft. Und Marx hat keinesfalls eigenmächtig ein Stückchen „bürgerliches“ Recht im Kommunismus versteckt, sondern er hat das getan, was in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht in einer Gesellschaft, die aus dem Kapitalismus herausgewachsen ist, unvermeidlich war.¹⁶ Mit der Projizierung des allgemeinen Gedankens auf unser Thema meine ich — in der Interpretierung von Imre Békési — daß man alle Zweifel, die mit dem bürgerlichen Charakter der Aufteilung nach der Schwere im Zusammenhang stehen, beheben kann. „*Meiner Überzeugung nach* ist a) der Zusammenhang zwischen dem Inhalt und der Form des Rechtes nicht funktionell, weil man gleiche rechtspolitische Ziele auch durch die Inanspruchnahme verschiedener Rechtsmittel erreichen und dementsprechend mit verschiedenen dogmatischen Vorstellungen ausdrücken kann; b) wenn die inhaltliche Bestimmung des Rechtes diese Möglichkeit nicht ausschließt, dann neigt sich die Rechtsform und die Dogmatik zur Tradition — in erster Linie zur Tradition des Rechtssystems; c) die Dogmatik stützt sich auf die vorhergehenden und die allgemeinen Erfahrungen des Rechtssystems; d) die Dogmatik folgt dem Weltbild ihres Zeitalters und der ethischen Auffassung der Gesellschaft.¹⁷

Das heißt: der Wortlaut und die Identität der Struktur des materiellen Strafrechtes, oder der einzelnen Institutionen mit der Struktur des Csemegi-Kodexes oder seinen Kategorien können — an sich — keinerlei Einwendungen begründen. Die lange — zwar Involutionen — Existenz des Csemegi-Kodexes nach der Befreiung beweist am besten, daß sich aus dem Weiterleben der Form in den verschiedenen Geschichtsperioden nicht die gleiche dienstliche Qualität ergibt; die traditionelle Standhaftigkeit der Form ist eine andere Frage und wieder eine andere ist die von den traditionellen Formen unabhängige Gültigkeit der Entwicklungsstendenzen der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Form.

FUSSNOTEN

¹ Vgl. *Tibor Király*: Kihágások a magyar jogban (Übertretungen im ungarischen Recht) — Tanulmányok az állam és jog kérdései köréből (Studien aus dem Kreis der Fragen des Staates und des Rechts) Bp, 1953, S. 87 — 129.

Kádár — Kálmán: A büntetőjog általános tanai (Allgemeine Lehren des Staatsrechtes) Bp, 1966, S. 61 — 65.

Lajos Hajdú: Az első (1795-ös) magyar büntetőkódex-tervezet (Der Entwurf des ersten ungarischen Strafgesetzbuches vom Jahre 1795) Bp, 1971, S. 179.

Géza Hegedüs: Anyagi büntetőjog az árpádházi királyok korában (Das materielle Strafrecht im Zeitalter des Königshauses Árpád) Bp, 1935.

² *László Fayer*: A magyar büntetőjog kézikönyve (Handbuch des ungarischen Strafrechtes) Bp, 1905, Bd. I, S. 122.

³ *Károly Edvi Illés*: A büntető törvénykönyv magyarázata (Die Erläuterung des Strafgesetzbuches) Bp, 1894, Bd. I, S. 91.

⁴ *Károly Edvi Illés*: zit. Werk, S. 338.

⁵ *László Fayer*: zit. Werk, S. 125.

⁶ A rendőrség kihágási bíraskodási jogkörének megszüntetéséről (Über die Abschaffung der Übertretungsbefugnis der Polizei) S. Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 16 vom Jahre 1953.

⁷ Siehe *Frau Szabó, Therese Nagy*: A büntető eljárás egyszerűsítése – tekintettel a csekélyebb jelentőségű bűntettekre (Die Vereinfachung der Strafprozeßordnung – hinsichtlich der geringfügigen Verbrechen) Bp., 1970.

Tibor Révai: A dolgozók részvétele az igazságszolgáltatásban (Die Teilnahme der Werktätigen an der Rechtspflege) Bp., 1970.

Imre Békés: A büntetőjogi felelősség helyettesítésének egyes elvi kérdései a magyar büntetőjogban (Einzelne prinzipielle Fragen der Vertretung der strafrechtlichen Verantwortung im ungarischen Strafrecht) Jogtudományi Közlöny (Rechtswissenschaftliche Mitteilungen) 1961, Heft 10.

Tibor Horváth: Büntetés, illetőleg társadalmi intézkedés alkalmazása a társadalomra veszélyes cselekmények miatt (Verwendung der Strafe, bzw. der gesellschaftlichen Maßnahmen wegen gesellschaftsgefährlicher Handlungen) MTA Állam- és Jogtudományi Intézet Értesítője (Wissenschaftliche Akademie von Ungarn – Bericht des Staats- und Rechtswissenschaftlichen Instituts) Bd III, Heft 4.

^{7a} Sieh darüber ausführlich: *Anna Horváth*: A társadalmi tulajdon elleni kisebb súlyú bűntettek elbírálásáról (Über die Beurteilung der geringfügigen Verbrechen gegen das gesellschaftliche Eigentum), Állam- és Jogtudomány (Staats- und Rechtswissenschaft), 1970, Heft 4, S. 662.

⁸ Die Institution der gesellschaftlichen Gerichte wurde durch die Verordnung Nr. 1041/1956 Mt–SZOT ins Leben gerufen.

⁹ Das Strafgesetzbuch der VR Ungarn, Bp., 1962, § 120.

^{9a} Vgl. *Róbert Rónai*: Azonos tényállású bűntettek és szabálysértések elhatárolása (Die Abgrenzung von Vergehen und Übertretungen gleichen Tatbestandes) Magyar Jog, 1968, Heft 12.

¹⁰ N. F. Kusnezova schlägt z. B. vor, die Verbrechen folgenderweise aufzuteilen:

1. besonders schwere Verbrechen – Todesstrafe oder Freiheitsentzug über 10 Jahre
2. schweres Verbrechen – Freiheitsentzug von 5–10 Jahren
3. weniger schwere Verbrechen – Freiheitsentzug von 3–5 Jahren.
4. Verbrechen von keiner großen Gefährlichkeit – Freiheitsentzug von 1–3 Jahren oder eine andere mildere Strafe.
5. Verbrechen von kleinerer Bedeutung – Freiheitsentzug von 1 Jahr oder eine andere mildere Strafe.

N. F. Kusnezova: Klassifikatija Prestuplenij, SZGP, 1967, Heft 6, S. 44.

¹¹ Gesetz vom 12. I. 1968.

¹² Gesetz vom 19. IV. 1969.

¹³ *Ferencz Carrara*: A büntető jogtudomány programja (Das Programm der Strafrechtswissenschaft) Bp., 1878, § 51.

¹⁴ „Man kann die Verbrechen und Vergehen auch ihrem inneren Wesen nach voneinander abgrenzen, aber die aufzustellenden prinzipiellen Grenzlinien sind nicht so eindeutig, daß dies zur Abgrenzung in sich genügend wäre. Auf prinzipieller Grundlage kann z. B. die Unterscheidung gemacht werden, nach der die fahrlässigen gesetzwidrigen Handlungen ohne Ausnahme Verbrechen sind, aber die milderen Fälle der absichtlichen gesetzwidrigen Handlungen sind nicht zu den Verbrechen zu rechnen, die Abgrenzung dieser Vergehen von den schweren Gesetzwidrigkeiten kann auf prinzipieller Grundlage nicht durchgeführt werden. Es ist notwendig, die Grenzlinien eigenmächtig zu ziehen.“

Károly Edvi Illés: zit. Werk, S. 91.

Sieh noch: *Ferencz Carrara*: zit. Werk, § 51.

¹⁵ Der neue allgemeine Teil des Strafgesetzbuches der BRD hat – ohne Rücksicht auf die Form der Straftat – die Grenzen zwischen den Kategorien der Verbrechen und der Vergehen ebenfalls bei einem Jahr Freiheitsentzug festgesetzt. Es ist zu bemerken, daß der „par excellence“ Charakter und die Bedeutung der Aufteilung der Verbrechen nach ihrer Schwere durch die Vereinheitlichung des Freiheitsentzuges im Strafrecht der BRD bereits der Vergangenheit angehören. Sieh:

Kálmán Györgyi: A büntető törvénykönyv új általános része a Német Szövetségi Köztársaságban (Der neue allgemeine Teil des Strafgesetzbuches der BRD) Acta Facultatis

Politico-Juridicae Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Lorando Eötvös Nominatae Tomus XIII, Budapest 1971.

¹⁶ *Lenin*: Marx, Engels, Marxismus. Bp, 1949, S. 326 — 337.

¹⁷ *Imre Békés*: A büntetőjogi dogmatikáról (Über die strafrechtliche Dogmatik) Acta Facultatis Politico-Juridicae Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Lorando Eötvös Nominatae, Tomus X, Bp, 1968, S. 121.

LA CLASSIFICATION DES INFRACTIONS D'APRES LEUR POIDS

(RÉSUMÉ)

Les catégories des infractions basées sur la répartition prévues par la loi ont été introduites par de nombreux systèmes de droit — depuis le Code pénal de 1810 —, comme p. ex. par la législation civile hongroise dans le Code Csemegi. A la suite de la libération la législation pénale hongroise a cependant graduellement liquidé le système des infractions jugées par leur poids, alors qu'en 1955 — c'est-à-dire avant l'élaboration de la loi No V de 1961 constituant le nouveau Code pénal socialiste avec la codification de l'ensemble du droit pénal matériel — elle a créé le système du droit pénal matériel basé sur la notion infraction unanime. Vu que les actes portant atteinte à la loi ont la même importance du point de vue formel, les infractions montrent une différence marquante au fur et à mesure de leur poids, du danger causé à la société, le législateur, en constituant des institutions procédurales, a cherché à exprimer la différence entre les infractions d'après leur poids pour libérer les tribunaux du fardeau des soi-disant affaires d'une part de moindre importance. Le législateur a donné la possibilité de juger sous une forme différant de la générale et plus simple certaines infractions en cas de la subsistance des conditions matérielles et procédurales déterminées et, d'autre part, il a permis en cas des infractions de moindre importance — in abstracto, mais indiquées exclusivement comme des exemples, de procéder à la dégradation de la prétention d'infliger la peine, c'est-à-dire le jugement des infractions sur la voie non-judiciaire — devant le tribunal des camarades ou par la voie disciplinaire.

La loi No 28 de 1971 a permis au législateur de rétablir le système basé sur la répartition des infractions conformément aux lois: la partie spéciale du Code pénal contient l'ensemble des crimes et des délits. Cette étude fait connaître les constructions légales du système des infractions formées d'après leur poids sous l'effet d'inspiration du Code pénal, donne un aperçu sur le sort de cette institution juridique dans la législation hongroise et au cours de l'analyse de la modification de la loi elle cherche à prouver que l'acceptation ou le refus de cette institution ne signifie pas à la fois une prise de position de la part du législateur.

КЛАССИФИКАЦИЯ ПРЕСТУПЛЕНИЙ ПО ТЯЖЕСТИ

(РЕЗЮМЕ)

Разделы преступлений по тяжести, основанные на разделении по закону — начиная с Уголовного кодекса Франции 1810 г. — были внедрены многочисленными правовыми системами, так в первом уголовном кодексе — в так наз. Чемеги Кодексе — и венгерским законодательством. Однако после освобождения венгерское уголовное законодательство постепенно ликвидировало систему преступлений по тяжести, пока в 1955 г. не создало систему уголовного материального права, основанную на едином понятии преступления. Ввиду того, что противоправные действия формально тождественного значения т. е. преступления — принимая во внимание их объективную тяжесть, общественную опасность — резко отличаются друг от друга, созданием законодатель процессуальных учреждений стремился выразить различие между преступлениями ввиду их тяжести с той целью, чтобы

освободить уголовные суды от бремени рассмотрения незначительных дел. С одной стороны законодатель представил возможность рассматривать определенные преступления в форме отличающейся от общего, с другой стороны в случае некоторых преступлений дал возможность к понижению уголовного правоотношения, т.е. рассмотрению преступлений вне уголовного процессуального порядка в общественном суде, вернее дисциплинарным путем.

Законодатель законом № 28 от 1971 г. восстановил систему преступлений по тяжести, основанную на разделении по праву. Особенная часть Уголовного кодекса построена на составе преступлений и проступков. Эта статья излагает конструкции по закону системы преступлений по тяжести, возникшую под влиянием Уголовного Кодекса Франции; даёт обзор о судьбе этого юридического учреждения в венгерском законодательстве и стремится показать в связи с анализом изменения, что принятие или непринятие этого юридического учреждения не обозначает отношение к вопросу мировоззрения со стороны законодателя.